



Road to ...

USA. Wohin steuern die Vereinigten Staaten? Wohl keine andere Wahl war jemals so richtungsweisend wie die am 3. November. „Amerika wird derzeit geführt wie eine Bananenrepublik“, sagt Rüdiger Bachmann von der University of Notre Dame im iwd-Interview. „Trump nutzt die Regierung als erweiterten Arm seiner Firma.“ Davon abgesehen: Trumps Protektionismus hat längst nicht das gebracht, was er versprochen hat – die deutschen Exporte in die USA zum Beispiel sind während seiner Amtszeit sogar gestiegen. Und seine Steuerreform ist teuer erkauft: Das US-Haushaltsdefizit ist inzwischen doppelt so hoch wie im Jahr 2015. —> [Seiten 2-8](#)

Kinderbetreuung

In Deutschland fehlen derzeit über 340.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Auch personell sind viele Kindertagesstätten nicht optimal aufgestellt.

—> [Seite 9](#)

Hauptstadtflughafen

Ende Oktober 2020 eröffnet der neue Berliner Flughafen – mit neun Jahren Verspätung und vielen finanziellen Problemen.

—> [Seiten 10-11](#)

Hoffen auf eine neue Handelspolitik

USA. *Präsident Donald Trump hat in den vergangenen Jahren einen protektionistischen Kurs eingeschlagen. Auch wenn der deutsche Außenhandel mit den USA seitdem weiter gewachsen ist, dürften viele deutsche Unternehmen, die im US-Geschäft aktiv sind, auf einen Wechsel bei der Präsidentschaftswahl am 3. November und damit auf mehr Verbindlichkeit in der Handelspolitik hoffen. Zu hohe Erwartungen sind allerdings nicht angebracht.*

Die USA als Verfechter einer verlässlichen und liberalen Welthandelsordnung – das war einmal. Seit seinem Amtsantritt hat Donald Trump nicht nur die Verhandlungen zum transatlantischen Handelsabkommen TTIP aufgekündigt, sondern auch rigoros Handelsbarrieren zum Schutz der heimischen Industrie errichtet oder angedroht.

So verhängte der US-Präsident im März 2018 Zusatzzölle auf die Einfuhr von Stahl- und Aluminiumprodukten. Nach einer gewonnenen Klage vor der Welthandelsorganisation gegen die Airbus-Subventionen der EU folgten ab Oktober 2019 Zusatzzölle auf Verkehrsflugzeuge und weitere Produkte wie einige Lebensmittel.

Immer wieder angedroht hat Trump außerdem Strafzölle auf Automobilimporte aus der EU – weil diese angeblich die nationale Sicherheit der USA bedrohten (siehe iwd 7/2018).

Dieses Vorgehen hat die Handelspartner der Vereinigten Staaten weltweit getroffen und aufgrund des

erratischen Verhaltens von Donald Trump zu großer Verunsicherung geführt. In der deutschen Wirtschaft, die mit den USA traditionell enge Handelsbeziehungen unterhält, hat sich der protektionistische Kurs der US-Regierung allerdings bislang hauptsächlich auf jene Branchen ausgewirkt, die direkt von den Zollerhöhungen betroffen sind – insbesondere die deutsche Stahlindustrie. Insgesamt hat sich der deutsch-amerikanische Warenhandel seit dem Amtsantritt von Donald Trump dagegen erstaunlich robust entwickelt:

Von 2016 bis 2019 sind die deutschen Warenexporte in die USA von rund 107 auf 119 Milliarden Euro gestiegen, die Importe aus den Vereinigten Staaten erhöhten sich von 58 auf 71 Milliarden Euro.

Damit legte der Anteil der Einfuhren aus den USA an allen deutschen Importen von 6,1 auf 6,5 Prozent zu, bei den Exporten blieb der US-Anteil mit 8,9 Prozent konstant.

Diese recht unauffällige Entwicklung dürfte unter anderem auf die insgesamt stabile Konjunktur in beiden Ländern in diesem Zeitraum zurückzuführen sein.

Deutlich stärkere Veränderungen sind dagegen bei den deutschen Direktinvestitionen in den USA zu verzeichnen (Grafik):

Im vergangenen Jahr sind fast 37 Milliarden Euro an unternehmerischem Beteiligungskapital aus Deutschland in die USA geflossen, das war der höchste Wert seit dem Jahr 2001.

Damals hatte die New-Economy-Euphorie zu einem Fusionsboom geführt. Die Gründe für den aktuellen Anstieg sind weit weniger eindeutig. Möglicherweise hat die Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und der EU deutsche Firmen veranlasst, verstärkt in Produktionsstätten in den USA zu investieren und dadurch drohende Handelsbarrieren zu umgehen.

Unstrittig ist, dass jene deutschen Unternehmen, die ihre Produkte in

die USA verkaufen oder von dort Waren beziehen, sich Klarheit darüber wünschen, wie es mit der amerikanischen Handelspolitik nach den Präsidentschaftswahlen weitergeht. Sollte Trump am 3. November wiedergewählt werden, ist aller Voraussicht nach mit einer Fortsetzung des aktuellen, konfliktintensiven Kurses zu rechnen.

Doch was ist zu erwarten, wenn der Demokrat Joe Biden die Wahl gewinnt? Wer hofft, die USA würden dann zu einer Politik der Handelsliberalisierung zurückkehren, dürfte enttäuscht werden:

Auch das aktuelle Wahlprogramm der US-Demokraten trägt deutlich protektionistische Züge.

Vor allem lehnt auch die Partei von Joe Biden Produktionsverlagerungen ins Ausland ab und unter-

stützt Buy-American-Regeln, die auch Einschränkungen des Wettbewerbs zugunsten heimischer Produzenten beinhalten. Damit bleibt eine Rückkehr zu den Verhandlungen über TTIP oder gar deren schneller Abschluss wohl Wunschenken.

Allerdings dürfen die Partner der USA auf einen moderateren Ton und mehr Verbindlichkeit in Verhandlungen hoffen. Und zumindest was den Konflikt mit China angeht, werden die Vereinigten Staaten unter Biden voraussichtlich wieder die Kooperation mit anderen westlichen Ländern suchen. Dies wäre für die EU eine gute Nachricht, erhöhten sich doch dadurch die Chancen, dass eine Reform der Welthandelsorganisation auf den Weg gebracht werden kann (siehe Artikel „WTO – Wie geht es

weiter“ auf iwd.de). Diese Reform ist dringend erforderlich, um unter anderem den Umgang mit staatlich subventionierten Unternehmen im internationalen Wettbewerb, den erzwungenen Technologietransfer sowie den Diebstahl geistigen Eigentums besser in den Griff zu bekommen.

IW-Kurzbericht 98/2020

Jürgen Matthes: Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen unter Donald Trump

iwkoeln.de/handelsbeziehungen

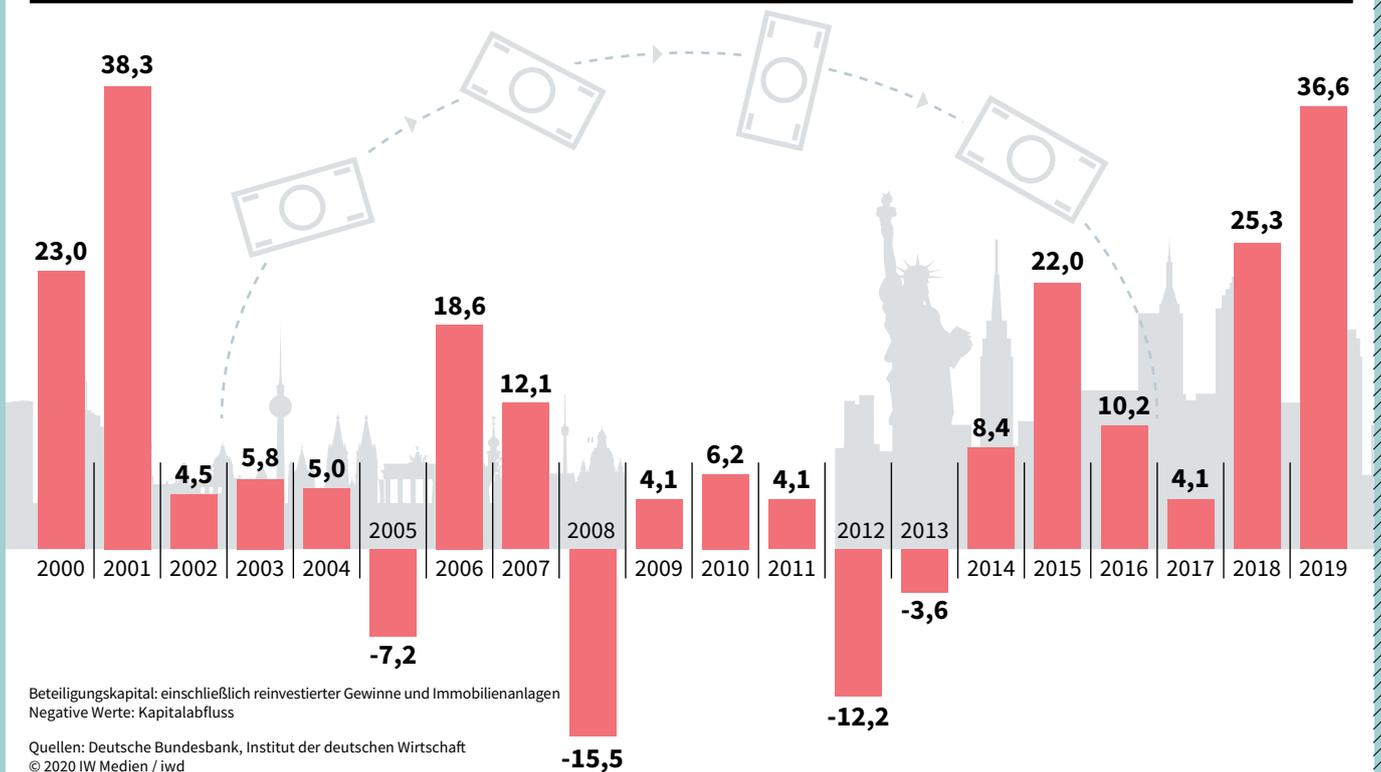
IW-Policy Paper 16/2020

Hubertus Bardt, Galina Kolev: Biden versus Trump – Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik

iwkoeln.de/biden-trump

Deutsche Unternehmen investieren mehr in den USA

So viele Milliarden Euro an Beteiligungskapital sind per saldo von Deutschland in die USA geflossen



„Eine Regierung der Günstlinge“



Interview. „Make America great again“ – mit diesem Versprechen ist Donald Trump vor vier Jahren ins Weiße Haus eingezogen. Ob er es gehalten hat, wie seine ökonomische Bilanz ausfällt und was die Welt von einer zweiten Amtszeit Trumps beziehungsweise von einem Präsidenten Joe Biden zu erwarten hat, darüber sprach der iwd mit Rüdiger Bachmann. Er ist Stepan Family College Professor of Economics an der University of Notre Dame, Indiana.

Herr Bachmann, in Deutschland können sich die meisten Menschen schlichtweg nicht erklären, wie Donald Trump auch nur in die Nähe eines öffentlichen Amtes kommen konnte – geschweige denn, dass er eventuell sogar wiedergewählt wird. Können Sie – als Deutsch-Amerikaner – dieses Phänomen erklären?

Es gibt eine große Frustration in Teilen der amerikanischen Bevölkerung mit der Küstenelite. Diese Frustration bringt Trump sehr emotional auf den Punkt. Er hat zwar eine verrückte, aber doch sehr effektive Kommunikationsstrategie,

die genau diese Emotionen bedient. Er schafft es, die Schuld für die Pandemie anderen aufzuladen – ob es China ist oder demokratische Gouverneure.

Und dann hat er natürlich auch geliefert. Er hat demnächst wahrscheinlich drei Verfassungsrichter ernannt, die auf Jahrzehnte das amerikanische Rechtssystem extrem konservativ machen werden. Das kommt bei vielen gut an. Es gibt auch Leute, die sagen, endlich wurden Steuern gesenkt sowie Regularien und Bürokratie abgebaut. Bei Trump kann sich also jeder etwas herauspicken, was er gutheißt, auch

wenn man ihn insgesamt nicht so toll findet.

Außerdem kommt noch die Propaganda hinzu. Die Amerikaner – auch die politische Mitte – sind sehr skeptisch gegenüber linken und linksakademischen Ideen. Die Republikaner pushen die Erzählung, dass Trump das letzte Bollwerk ist, bevor Amerika marxistisch wird. Etwas verrückt, ich weiß.

Und schließlich ist da noch eine spezielle Eigenschaft der Amerikaner: Sie sind nicht bereit, sich mit anderen Ländern zu vergleichen. Deshalb nutzt es nichts, zu sagen, Trump hat die Pandemie nicht gut



Joe
Biden

Next exit

Donald
Trump

Next exit

gehandelt, siehe Deutschland. Das gilt auch für die gebildeten Teile der Bevölkerung.

Ist die Frustration in der Bevölkerung aus ökonomischer Sicht nachvollziehbar?

Es ist schon einiges nicht gut gelaufen in Amerika. Da ist zum einen die wachsende Ungleichheit, die sinkende soziale Mobilität. Nach der Finanzkrise hatten die Menschen das Gefühl, dass zwar die Banken gerettet wurden, nicht aber die Bergarbeiter. Zudem wissen immer mehr Afroamerikaner nicht mehr genau, ob sie bei den Demokraten richtig aufgehoben sind. Nach dem Motto: Sie wollen uns zwar als Wähler haben, aber wirklich etwas für uns getan haben sie nicht.

Kurzum: Es ist nicht alles so schwarz-weiß, wie es in Deutschland manchmal ankommt.

Vor Corona hatten die USA ordentliche Wachstumsraten und es herrschte praktisch Vollbeschäftigung – wie viel davon geht auf Trumps Konto?

Relativ wenig. Er hat von der guten Lage der Weltwirtschaft profitiert und davon, dass die Regierung Obama nach der Finanzkrise eine vernünftige Politik gemacht hat. Ökonomisch hat Trump

nicht viel gemacht. Seine größte Leistung war die Steuerreform. Die ist deshalb interessant, weil sie die Menschen am unteren und am oberen Ende entlastet. Aber die Mitte – von der Trump weiß, dass sie ihn niemals wählen würde – wurde benachteiligt.

Trump hat die Volkswirtschaft USA wie eine Firma – seine Firma – geführt. Was sagen amerikanische Ökonomen zu diesem Stil?

Er führt nicht nur die Volkswirtschaft so, sondern auch die Bundesregierung. Am Anfang konnte man noch argumentieren, dass Trump zwar umstrittene, aber fachlich qualifizierte Leute in der Regierung hatte. Das ist alles vorbei. In der Regierung sitzen nur Günstlinge, die Geschäfte mit Trump gemacht haben. Amerika wird derzeit geführt wie eine Bananenrepublik. Trump nutzt die Regierung als erweiterten Arm seiner Firma. Manche konservative Ökonomen in den USA sagen zwar, dass das, was die Republikaner machen, immer noch besser sei als das, was die Demokraten tun würden. Die namhaften Ökonomen sind aber geschlossen anderer Meinung. Ich auch.

Was passiert, wenn Trump wiedergewählt wird?

Dazu muss man wissen: Die amerikanischen Wahlen sind eigentlich erst beendet, wenn einer der Kandidaten sagt, dass der andere gewonnen hat. Es gibt verfassungsrechtlich wenig Kriterien, wann in den USA eine Wahl offiziell beendet ist. Ich vermute, dass Biden das im Fall eines knappen Wahlsiegs Trump nicht machen wird. Dann haben wir eine Verfassungskrise und das Vertrauen in die amerikanischen Institutionen ist endgültig zerstört.

Das hätte natürlich massive Auswirkungen auf die Wirtschaft, denn wie soll investiert werden, wenn solche massiven politischen Unsicherheiten bestehen?

Davon abgesehen wird Corona zunächst einmal die Wirtschaft weiter lähmen. Ich erwarte keine große Erholung – auch nicht, wenn Biden gewählt wird.

Was hätten Europa und Deutschland von einem Präsidenten Biden zu erwarten?

Eine ruhigere, ausgestreckte Hand. Es wird wieder mehr internationale Kooperationen geben. Mit Biden werden die USA auch wieder in das Pariser Klimaabkommen eintre-

„Amerika wird derzeit geführt wie eine Bananenrepublik. Trump nutzt die Regierung als erweiterten Arm seiner Firma.“

Rüdiger Bachmann, Stepan Family College Professor of Economics an der University of Notre Dame, Indiana

ten. Es wird eine Regierung sein, mit der man wieder besser zusammenarbeiten kann.

Glauben Sie, dass die Demokraten als Regierung so protektionistisch agieren werden, wie es ihr Wahlprogramm vermuten lässt?

Da bin ich relativ gelassen. Biden wird einen zentristischen Mittelweg finden mit ein bisschen Protektionismus, im Grunde genommen aber mit dem Bekenntnis zu offenen Märkten. Er wird politische Ruhe reinbringen – und das ist es, was die Wirtschaft braucht, um zu investieren. Man kann von Biden aber keine Wunderdinge erwarten, denn es gibt immer noch eine Pandemie zu bewältigen.

Jahrzehntlang war die Globalisierung das Maß aller Dinge, inzwischen wird der Protektionismus immer populärer. Stehen wir vor einem Paradigmenwechsel?

Die Globalisierung geschieht einfach und wird nicht verschwinden, aber sie wird anders aussehen. Die Unternehmen werden sich – auch im Rahmen der Pandemie – überlegen, ob sie weiterhin auf wenige Märkte setzen oder ob sie diversifizieren. Das würde schlussendlich mehr Globalisierung bedeuten statt weniger. Die Globalisierung wird unter anderen geopolitischen

Bedingungen stattfinden. Das liegt hauptsächlich an Akteuren wie China, Russland und anderen autoritären Regimen.

In den Entwicklungsländern gibt es für diese Regime zum Teil viele Sympathien, weil sie einfacheres Geld versprechen. Westliche Regierungen gucken eher noch mal auf Arbeits- und Umweltrechte, bevor sie investieren.

Das ist eine langfristige Entwicklung, auf die der Westen noch keine Antwort gefunden hat. Es würde natürlich sehr helfen, wenn die USA wieder ein wichtiger Mitspieler in diesem geopolitischen Konzert werden würde. Dadurch würde der Westen attraktiver und schlagkräftiger. Das ist auch ein Grund, warum Biden die Wahl gewinnen muss. Europa ist wichtig, aber allein zu schwach.

Wie sehen Sie die derzeitige Situation in Europa mit Blick auf den Brexit?

Ich würde folgende Strategie vorschlagen: Gegenüber der britischen Regierung hart bleiben und keine faulen Kompromisse eingehen. Dann sollen die Briten schauen, wie sie zurechtkommen. Auf der anderen Seite wünsche ich mir, dass in Brüssel ein Nachdenken einsetzt, wie

es überhaupt so weit kommen konnte.

Ich befürchte aber, dass es nach dem Brexit in der EU eine Siegermentalität geben wird. Deutschland im Speziellen hat das Problem, dass es ökonomisch ein gewisser Hegemon in Europa sein muss, es aus historischen Gründen selbst aber nicht will.

Und wie sollte sich Europa im transatlantischen Handelsstreit positionieren?

Sollte Biden gewählt werden, werden die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Europa zwar nicht konfliktfrei verlaufen, aber mit dem größeren Wunsch nach Kompromissen.

Sollte Trump im Amt bleiben, muss Europa möglicherweise Entscheidungen treffen, die ihm kurzfristig schaden, aber langfristig Stärke zeigen.

Es ist aber schwierig zu sagen, wie sich eine Trump-Regierung, die ja dann auch nicht mehr wiedergewählt werden muss, verhalten wird. Es fehlt dort mittlerweile massiv an Expertise, sodass mir unklar ist, wie dann überhaupt internationale Politik gemacht werden soll.

Vielleicht ist es so, dass Europa dann einfach vier Jahre durchhalten muss – so wie in einer Pandemie.

Steuern runter, Schulden rauf

USA. Gleich zu Beginn der Amtszeit von Donald Trump machten sich die Republikaner an eine groß angelegte Steuerreform. Seitdem haben amerikanische Konzerne viel Geld nach Hause geholt. Im Gegenzug hat die US-Regierung neue Schulden aufgenommen.

Nach ihrer Machtübernahme im Jahr 2017 taten die Republikaner, was allgemein von ihnen erwartet wurde: Sie senkten die Steuern. Der nationale Körperschaftsteuersatz fiel zum 1. Januar 2018 von 35 auf 21 Prozent. Die USA gaben so ihre internationale Spitzenposition ab und rangieren nun im Mittelfeld. Hinzu kommen je nach Bundesstaat noch lokale Aufschläge (Grafik):

Die Steuerbelastung der US-Unternehmen ist heute mit 26 Prozent im Schnitt 4 Prozentpunkte geringer als in Deutschland.

Bei der Einkommensteuer wurden die Freibeträge nahezu verdoppelt, sodass für einen Single heute 12.400 Dollar steuerfrei sind. Auf die ersten 10.000 Dollar des zu versteuernden Einkommens werden 10 Prozent fällig, bis zu rund 40.000 Dollar 12 Prozent – statt 15 Prozent wie vor der Reform. Bis zu einem Einkommen von 163.000 Dollar steigt der Steuersatz auf 24 Prozent, das Maximum von 37 Prozent ist erst bei einem Einkommen von rund 520.000 Dollar erreicht.

Um Gewinnverlagerungen in andere Länder zu verhindern, haben die USA unter Trump zudem eine Mindeststeuer und eine Lizenzschränke eingeführt. Dabei kann eine Art Strafsteuer auf im Ausland bereits versteuerte Lizenzgewinne anfallen.

Gleichzeitig buhlen die USA um mehr Investitionen. Diese können

USA: Biden will die Steuern erhöhen				
Steuersätze in Prozent				
		Aktuell (Trump)	Geplant (Biden)	Zum Vergleich: Deutschland
Einkommensteuer	Eingangssteuersatz	10	10	14
	Spitzensteuersatz	37	40	45
Körperschaftsteuer	Nationaler plus lokaler Steuersatz	26	33	30

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, OECD, Tax Foundation
© 2020 IW Medien / iwd

seit der Reform sofort vollständig abgeschrieben werden, was die Bemessungsgrundlage unmittelbar reduziert und den Unternehmen mehr Liquidität verschafft. Zudem hat die US-Regierung eine Patentbox eingeführt: Für Gewinne aus Lizenzen wird ein Steuerrabatt gewährt, damit Konzerne ihre Marken- und Produktrechte möglichst in den USA registrieren lassen und die Gewinne auch dort anfallen.

Einen Steuerrabatt hat die US-Regierung auch für im Ausland geparkte Gewinne von Konzernen mit Hauptsitz in den USA eingeführt, wenn diese Gewinne an die US-Muttergesellschaft ausgeschüttet und damit zu einem Satz von 15,5 Prozent in den USA versteuert werden. Der Anreiz hat funktioniert:

Insgesamt 640 Milliarden Dollar haben amerikanische Konzerne

2018 zurück in die USA geholt – das meiste davon aus Steueroasen wie den Bermudainseln, Irland und den Niederlanden.

Wie geht es weiter in den USA? Joe Biden hat bereits angekündigt, die Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen und Unternehmen zurücknehmen, falls er gewählt wird. Statt 35 Prozent wie vor Trumps Steuerreform will der demokratische Präsidentschaftskandidat künftig einen nationalen Körperschaftsteuersatz von 28 Prozent – 7 Prozentpunkte mehr als derzeit.

Ein Motiv für die teilweise Rücknahme der Steuersenkungen ist, dass Trumps Steuerreform nicht zum Nulltarif zu haben war: Das US-Haushaltsdefizit stieg 2019, also noch vor der Corona-Krise, bereits auf 1 Billion Dollar – und war damit doppelt so hoch wie im Jahr 2015.

Wegweisende Wahl

Klimapolitik. Am 3. November wird in den USA nicht nur entschieden, wer der nächste Präsident wird – die Wahl ist auch richtungsweisend für die künftige Klimapolitik der USA. Denn Republikaner und Demokraten haben ganz unterschiedliche Vorstellungen davon, wie es beim Klimaschutz weitergehen soll.

Als Donald Trump 2017 sein Wahlversprechen wahr machte und den Austritt aus dem Klimaabkommen von Paris einleitete, war die internationale Bestürzung groß. Schließlich sind die Vereinigten Staaten zum einen der zweitgrößte CO₂-Verursacher der Welt, zum anderen hat ihr Wort politisch Gewicht.

Auch mit anderen Maßnahmen torpedierte der US-Präsident den Klima- und Umweltschutz. So ließ er zum Beispiel den Etat der Umweltschutzbehörde EPA massiv kürzen, Informationen zum Klimawandel wurden von der Webseite der Behörde gelöscht.

Auf den ersten Blick widersprüchlich scheint daher die Entwicklung des CO₂-Ausstoßes:

In den vergangenen Jahren sind die energiebedingten CO₂-Emissionen in den USA gesunken.

Ein wesentlicher Faktor war und ist das verstärkte Fracking, eine umstrittene Förderung von Erdgas. Hinzu kommt ein Anstieg der erneuerbaren Energie. Auf lokaler Ebene wird der Ausbau weiter vorangetrieben – unabhängig von der Regierung in Washington. So wird in Kalifornien etwa die Hälfte des Stroms mit erneuerbaren Energien erzeugt.

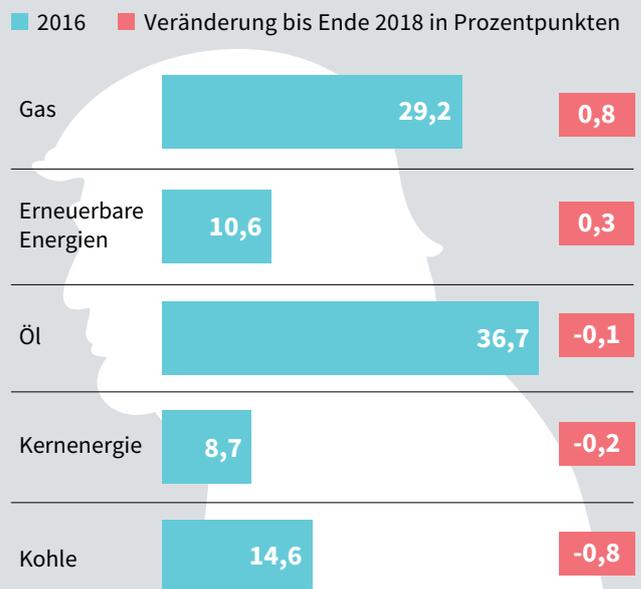
Insgesamt hat die Regierung Trump keinen großen Einfluss auf die Energiegewinnung in den USA (Grafik):

Während der ersten beiden Jahre von Trumps Amtszeit haben sich die Anteile der Energieträger an der Stromerzeugung so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der erneuerbaren Energien verharrt also weiter bei gut 10 Prozent. Sollte Trump noch für weitere vier Jahre regieren, dürfte sich an der Stoßrichtung in Sachen Klimaschutz nichts ändern. Im Wahlprogramm der Republikaner sind keine Klimaziele definiert. Vielmehr wollen sie Anreize für die Entwicklung neuer Technologien setzen – ohne dies zu konkretisieren.

Energiegewinnung: Wenig passiert unter Trump

So viel Prozent des Stroms in den USA wurde mit diesen Energieträgern erzeugt



Quellen: US Energy Information Administration, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Anders die Demokraten: Sie wollen, dass die Vereinigten Staaten bis zum Jahre 2050 klimaneutral werden. Dabei setzen sie im Gegensatz zu Deutschland auch auf Atomkraft.

Kandidat Joe Biden hat außerdem angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs die Weichen zu stellen, damit die USA dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten.

Anspruch und Wirklichkeit

Kinderbetreuung. Seit 2013 haben Eltern in Deutschland einen Anspruch auf die Betreuung ihrer Kinder ab einem Alter von einem Jahr. Doch noch immer fehlen viele Plätze in den Kitas, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt. Auch personell sind die Kindertagesstätten häufig nicht optimal aufgestellt.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie – dieses Thema hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Für junge Familien bedeutet das, dass sie die Möglichkeit haben, ihre Kinder schon frühzeitig betreuen zu lassen. Die Nachfrage ist zuletzt deutlich gestiegen:

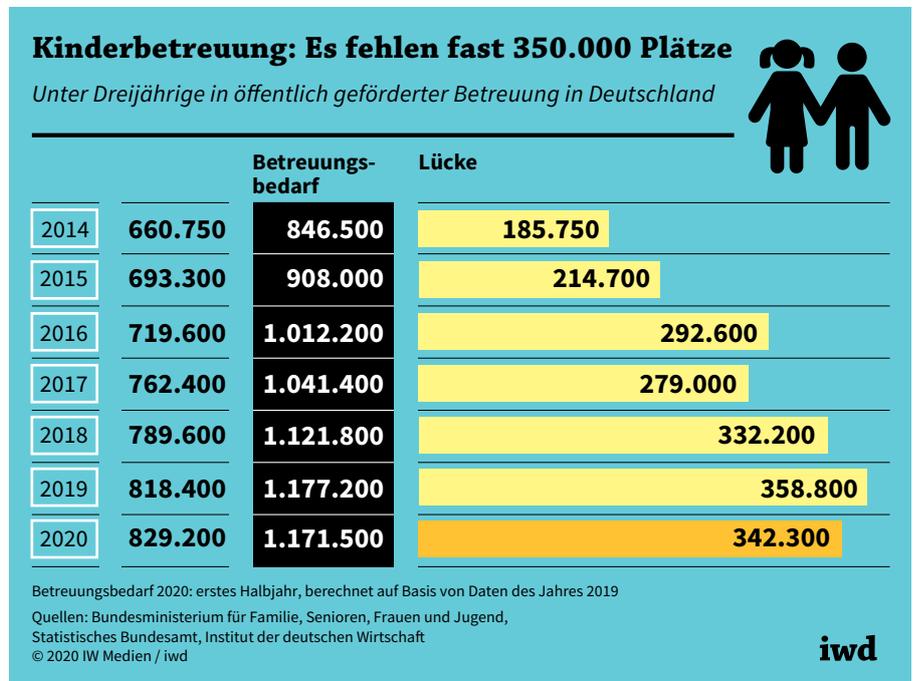
Im Jahr 2019 wollten in Deutschland 64 Prozent der Eltern von Einjährigen einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, bei den Eltern von Zweijährigen waren es sogar 81 Prozent.

Zum Vergleich: Vier Jahre zuvor lagen die Werte noch bei knapp 55 beziehungsweise 73 Prozent.

Anhand der Kinderzahl zum Jahreswechsel 2019/2020 hat das Institut der deutschen Wirtschaft einen Bedarf von 1,17 Millionen Betreuungsplätzen für das erste Halbjahr 2020 errechnet. Doch diese Nachfrage kann in Deutschland derzeit bei Weitem nicht bedient werden (Grafik):

Im März 2020 haben rund 829.000 unter Dreijährige eine öffentlich geförderte Betreuungseinrichtung oder Tagespflege besucht – es fehlen somit 342.000 Betreuungsplätze.

Relativ gesehen sind die Lücken im Saarland, in Bremen und in Nordrhein-Westfalen besonders



groß. In NRW kommt noch hinzu, dass der Anteil der Kinder bei Tageseltern mit knapp 34 Prozent sehr viel höher ist als in den anderen Bundesländern – der Bundesschnitt liegt bei 16 Prozent.

Zwar sind Tageseltern nicht per se schlechter zu bewerten, jedoch sind die Qualifikationsanforderungen an die Betreuungspersonen wesentlich niedriger als in Kitas.

In den ostdeutschen Bundesländern können dagegen vergleichsweise viele Kinder unter drei Jahren betreut werden. Dort zeigt sich ein anderes Problem:

In Ostdeutschland betreut eine Person im Schnitt 5,7 Kinder, in Westdeutschland sind es nur 3,6.

Als pädagogisch sinnvoll gibt die Bertelsmann Stiftung einen Wert von drei an. Neben mehr Betreuungsplätzen braucht es daher auch deutlich mehr Personal, um die Kleinen optimal betreuen und fördern zu können.

IW-Kurzbericht 96/2020

Wido Geis-Thöne: Kinderbetreuung – Über 340.000 Plätze für unter Dreijährige fehlen
iwkoeln.de/kinderbetreuung2020

BER: Nine years flight delay



Hauptstadtflughafen. „Wir machen einfach auf“, so lautet der schlichte Slogan für die Eröffnung des Hauptstadtflughafens BER am 31. Oktober 2020. Ursprünglich sollten vom neuen Airport bereits im Herbst 2011 die ersten Flieger abheben, doch Planungschaos, Baumängel sowie fortlaufende Verschärfungen der Sicherheitsauflagen verzögerten die Fertigstellung. Wann und ob der neue Flughafen jemals Geld verdient, ist unklar: Zu den mittlerweile mehr als 6,5 Milliarden Euro hohen Baukosten zuzüglich Zinszahlungen kommt nun die Corona-Pandemie hinzu, die die Flugbegeisterung bremst. So geht der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft davon aus, dass erst 2024 mit einer Rückkehr zum früheren Niveau zu rechnen ist.

Doch selbst dann dürfte die Ertragskraft des BER nicht an die anderer großer Flughäfen heranreichen. Denn in der Hauptstadt gibt es vergleichsweise wenige Geschäftsreisende, dafür umso mehr Billigflieger-Passagiere. Das sorgte bereits an den Standorten Tegel und Schönefeld für geringe Einnahmen je Fluggast.

Ein Problem hat sich pandemiebedingt immerhin erledigt: die mangelnde Kapazität. Das BER-Hauptterminal, das für 25 Millionen Passagiere pro Jahr ausgelegt ist, reicht für die nahe Zukunft locker aus.

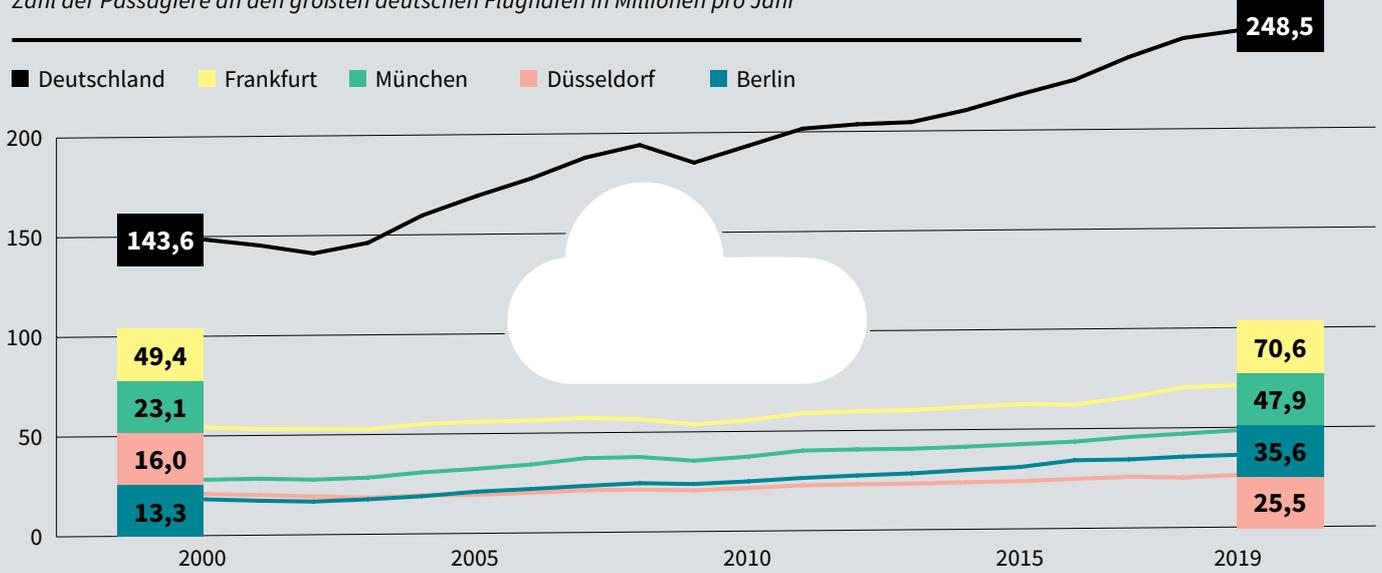
Die Kostenspirale

Entwicklung der Baukosten des Flughafens Berlin Brandenburg in Millionen Euro



Die Entwicklung des Luftverkehrs

Zahl der Passagiere an den größten deutschen Flughäfen in Millionen pro Jahr



Berlin: Flughäfen Tegel und Schönefeld

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen © 2020 IW Medien / iwd



Frankfurt ist die Nummer eins

Passagierzahlen an den größten deutschen Flughäfen im Jahr 2019 in Millionen

Frankfurt 71
München 48

Berlin 36

Düsseldorf 26

Hamburg 17

Stuttgart 13

Köln-Bonn 12



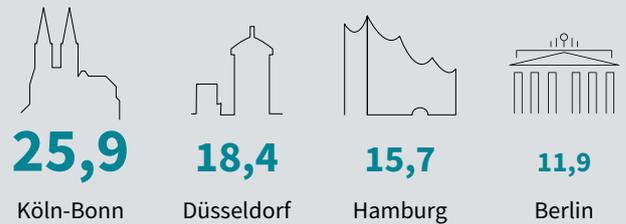
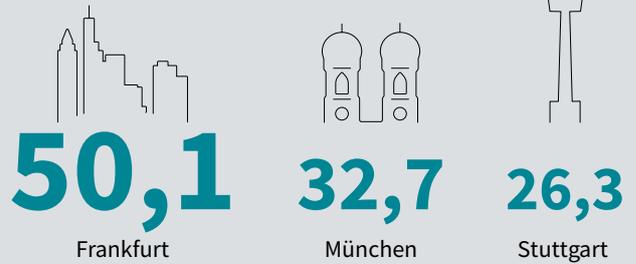
Berlin: Tegel mit 24,2 Millionen und Schönefeld mit 11,4 Millionen Passagieren

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen © 2020 IW Medien / iwd



Wo Fluggäste das meiste Geld lassen

Umsatz pro Passagier in Euro im Jahr 2018



Umsatz: Gesamterlöse des Flughafens umverteilt auf die Zahl der Passagiere Berlin: Flughäfen Tegel und Schönefeld

Quelle: Gemünden, Wolf (2020) © 2020 IW Medien / iwd



IW-Report 52/2020

Klaus-Heiner Röhl: Ihr Flug hat neun Jahre Verspätung – Die Eröffnung des neuen Berliner Großflughafens wird von der Corona-Pandemie überschattet

iwkoeln.de/ber

Wenn ein Bildschirm nicht mehr reicht

Medienkonsum. Die Art des Zugriffs auf Medieninhalte verändert sich – Online-Angebote wie Streamingdienste sind auf dem Vormarsch, das lineare Fernsehprogramm verliert an Bedeutung. Immer beliebter wird auch die gleichzeitige Nutzung mehrerer medialer Angebote.

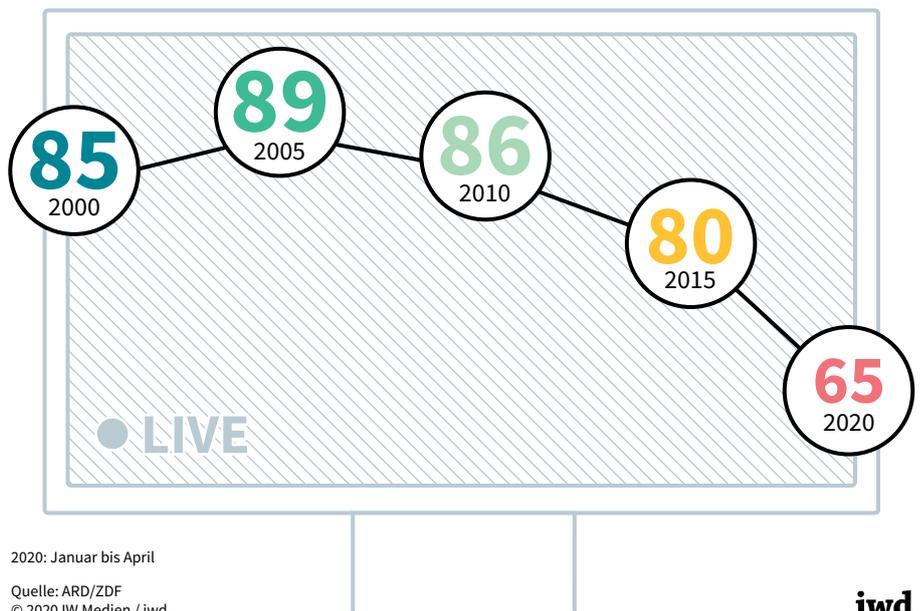
So gut wie jeder Bundesbürger kommt täglich mit Medien in Kontakt, sei es in Video-, Audio- oder Textform. Zwischen 8 und 23 Uhr nutzen zu jedem Zeitpunkt mindestens 30 Prozent der deutschen Bevölkerung gerade ein Medium. Insgesamt konsumieren in der Bundesrepublik laut einer repräsentativen Umfrage von ARD und ZDF 99 Prozent der über 14-Jährigen jeden Tag in irgendeiner Form Medieninhalte.

Die Art des Zugriffs auf mediale Angebote hat sich in den vergangenen 20 Jahren allerdings stark verändert. Bis zur Jahrtausendwende bestimmten die drei klar getrennten Leitmedien Fernsehen, Radio und Tageszeitung den Alltag. Die Entwicklung des Internets führte aber zu neuen Nutzungswegen, welche die Grenzen zwischen den heutigen Medienangeboten zunehmend verschwimmen lassen.

Auch das Smartphone rückt immer stärker in den Fokus: Während 2015 erst knapp mehr als die Hälfte der Bundesbürger ab 14 Jahren ein iPhone oder etwas Vergleichbares besaß, nutzen heute bereits rund

TV: Immer weniger schalten live ein

So viel Prozent der Bundesbürger ab 14 Jahren schauten täglich Fernsehsendungen zum Ausstrahlungszeitpunkt



neun von zehn Deutschen ihr eigenes Smartphone – in der Altersgruppe der 14- bis 21-Jährigen sind es sogar 99 Prozent, 11 Prozentpunkte mehr als vor fünf Jahren.

Mit den neuen technischen Möglichkeiten etablierte sich auch

immer stärker die nicht lineare Nutzung von Medieninhalten. Mittlerweile gehört es zum Alltag, Sendungen außerhalb des festen Programms auf Abruf zeitversetzt gucken, online konsumieren oder streamen zu können (siehe iwd

14/2020). Das wirkt sich entsprechend auf den Fernsehmarkt aus (Grafik Seite 12):

Auf seinem Höhepunkt im Jahr 2005 erreichte das lineare Fernsehen täglich 89 Prozent der Bundesbürger ab 14 Jahren, seitdem sinkt der Anteil kontinuierlich.

Während vor fünf Jahren immerhin noch vier von fünf Bundesbürgern jeden Tag fernsahen, erreichen lineare Fernsehinhalte täglich mittlerweile nur noch 65 Prozent der Bevölkerung. Auch die Nutzungsdauer wird zunehmend geringer: Inzwischen sitzt die deutsche Bevölkerung pro Tag lediglich zwei Stunden und 44 Minuten vor dem TV – der niedrigste Wert seit 1995.

Die Zahl der Fernseher und Radios in deutschen Haushalten ist seit einigen Jahren ebenfalls leicht rückläufig. Das liegt aber daran, dass die Inhalte der Sender durch Streaming-Angebote auf vielen verschiedenen Geräten abgerufen werden können. Bezieht man internetfähige Computer und Smartphones in die Betrachtung mit ein, besitzt mittlerweile jeder Deutsche ab 14 Jahren ein TV-fähiges Gerät.

Etablierte Medienunternehmen haben ihre Angebote entsprechend angepasst und verfügen über eigene digitale Mediatheken oder Streamingdienste, stellen ausgewählte Inhalte auf Online-Plattformen wie YouTube zur Verfügung und bieten die Möglichkeit, Fernsehsendungen wie die Tagesschau auch im Radio zu hören.

Die Möglichkeit, Inhalte immer und überall streamen zu können, verbunden mit der Verdichtung verschiedener medialer Angebote auf einzelne Endgeräte, führt dazu, dass sich die Menschen zunehmend nicht mehr mit nur einem Medium beschäftigen. Stattdessen werden vermehrt mehrere mediale Angebote gleichzeitig genutzt (Grafik):

Rund drei Viertel der Bundesbürger im Alter zwischen 14 und 49 Jahren nutzten 2019 zumindest gelegentlich zwei Medienangebote parallel.

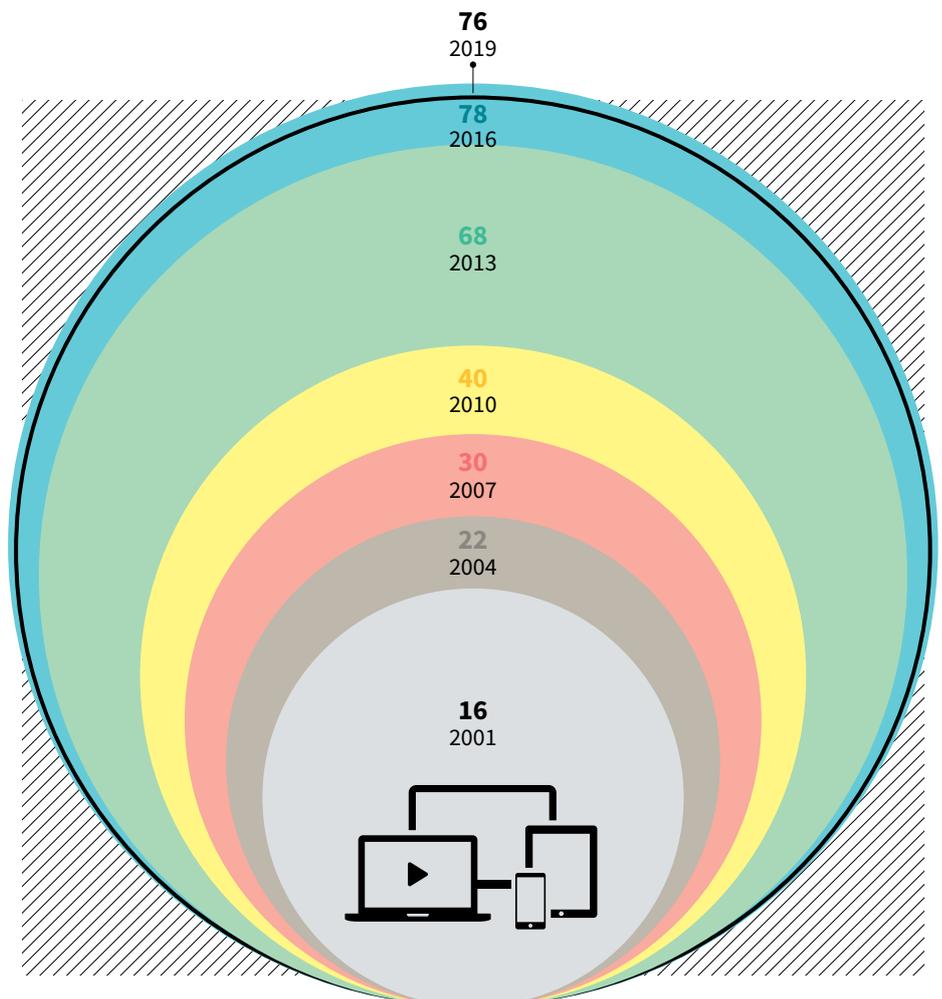
Die Konzentration auf ein Medium reicht vor allem der jüngeren Altersgruppe nicht mehr: Die Nutzung eines sogenannten Second Screens hat sich bei den 14- bis 29-Jährigen mit zwei Stunden pro Tag in den vergangenen fünf Jahren fast verdoppelt. Am häufigsten kommt vor dem Fernseher ein zweites Gerät zum Einsatz. Dabei greifen 92 Prozent der Parallelnutzer zum Smart-

phone, während sie fernsehen, Laptop und Tablet werden von fast jedem Zweiten parallel zum TV genutzt.

Das Fernsehprogramm ist übrigens oft der Auslöser dafür, ein zweites Gerät zur Hand zu nehmen: So wird beispielsweise im Internet nach weiteren Informationen zur aktuellen Sendung oder nach Produkten aus der Werbung gesucht. Auch das Hören von Musik oder Podcasts erfreut sich großer Beliebtheit als mediale Zweitbeschäftigung, etwa beim Surfen am PC oder dem Spielen an einer Gaming-Konsole.

Ein Medium reicht nicht mehr aus

So viel Prozent der 14- bis 49-jährigen Bundesbürger nutzten zumindest gelegentlich zwei Medienangebote gleichzeitig



Quelle: SevenOne Media © 2020 IW Medien / iwd

Virtueller Umzug hat geklappt

Hochschulen. Aufgrund der Corona-Pandemie haben Professoren und Dozenten in den vergangenen Monaten ihre Veranstaltungen weitgehend ins Netz verlagert. Sowohl Studenten als auch Dozenten sind mit dem Online-Angebot für Vorlesungen und Seminare überwiegend zufrieden. Nur bei Formaten, die große Praxisanteile beinhalten, gibt es Verbesserungsbedarf.

Stell dir vor, das Studium beginnt und keiner geht hin. Was für jeden halbwegs engagierten Studienanfänger bis vor wenigen Monaten höchst unwahrscheinlich geklungen hätte, könnte durch Corona nun vielerorts Realität werden. Denn viele Unis und Fachhochschulen in Deutschland haben bereits entschieden, dass auch die Vorlesungen, Seminare und andere Veranstaltungen des Wintersemesters 2020/21, die im November beginnen, wieder ausschließlich oder zumindest überwiegend online stattfinden.

Denn anders als vielfach vermutet, hat die kurzfristige Umstellung der Hochschulen auf ortsunabhängige und digitale Lehre in den vergangenen Monaten insgesamt gut geklappt. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Studie des Stifterverbands und der Unternehmensberatung McKinsey, an der sich im Juli und August mehr als 11.000 Studenten sowie rund 1.800 Professoren und Dozenten beteiligten und die ein erstes Resümee des von Corona geprägten Sommersemesters zieht.

So fanden vor Ausbruch der Pandemie gerade mal 12 Prozent der Lehrveranstaltungen in einem digitalen Format statt, im Sommersemester 2020 waren es bereits

91 Prozent. Nach Auskunft der Lehrenden erfolgte die Umstellung in 89 Prozent der Fälle innerhalb von 30 Tagen, 54 Prozent konnten sogar innerhalb von nur 14 Tagen ihre Lehre von off- auf online umorganisieren.

Besonders gut hat die Umstellung von Lehrformaten für größere Gruppen funktioniert (Grafik):

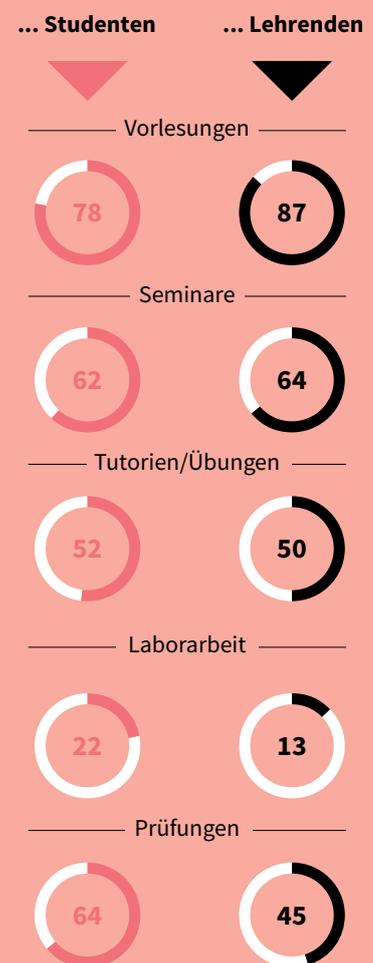
Sowohl die überwiegende Mehrheit der Studenten als auch der Dozenten bewerten die im Sommersemester 2020 angebotenen Online-Vorlesungen und -Seminare als gelungen – anders als die Umstellung von Formaten für Kleinstgruppen.

Mit der Umstellung von Übungen und vor allem von Laborarbeiten waren die meisten Studenten und Lehrenden unzufrieden. Dies betrifft in erster Linie Fächer mit großen Praxisanteilen wie in der Humanmedizin, den Naturwissenschaften, der Kunst und Musik sowie den Sportwissenschaften.

Während also die Organisation hin zu Online-Formaten als überwiegend gelungen bezeichnet werden kann, ist die Zufriedenheit der Studenten in anderen Bereichen aufgrund der Umstellung deutlich gesunken:

Digitalisierungsschub an den Hochschulen

So viel Prozent der ... finden, die kurzfristige Umstellung auf digitale Formate während der Corona-Krise habe sehr gut oder gut geklappt



Befragung von rund 11.000 Studenten und mehr als 1.800 Lehrenden an deutschen Hochschulen vom 20. Juli bis 14. August 2020

Quellen: McKinsey, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Im Wintersemester 2019/20 waren 85 Prozent der Hochschüler mit ihrer Lernerfahrung (eher) zufrieden, im Sommersemester 2020 sahen dies lediglich noch 51 Prozent so.

Die Gründe dafür sind vielfältig, doch insbesondere nicht akademische Aspekte des Studentenlebens haben die Stimmung getrübt (Grafik):

Rund zwei Drittel der Studenten beklagen sich über mangelnde Kontakte zu anderen Studenten.

Mehr als die Hälfte kämpft zudem mit Motivations- und Konzentrationsproblemen. Vier von zehn Studenten macht die erhöhte Arbeitslast während der Corona-Krise zu schaffen. Auch Zukunftsängste sowie abgesagte Praktika und ausgefallene oder abgebrochene Auslandssemester sorgen bei vielen Hochschülern für ein andauerndes Gefühl der Unsicherheit.

Um die bevorstehende Vorlesungszeit des Wintersemesters möglichst optimal zu gestalten, schlägt der Stifterverband vier Maßnahmen vor:

Erstens: Damit Erstsemester nicht in ein Isolationsloch fallen, sollten die Hochschulen vor allem für sie und für Austauschstudenten Interaktions- und Präsenzformate anbieten. Denn diese beiden Studentengruppen sind von den Corona-bedingten Einschränkungen des Soziallebens an den Hochschulen besonders betroffen.

Zweitens: Dozenten, die ihre Digitalkompetenzen verbessern müssen, sollten durch Fort- und Weiter-

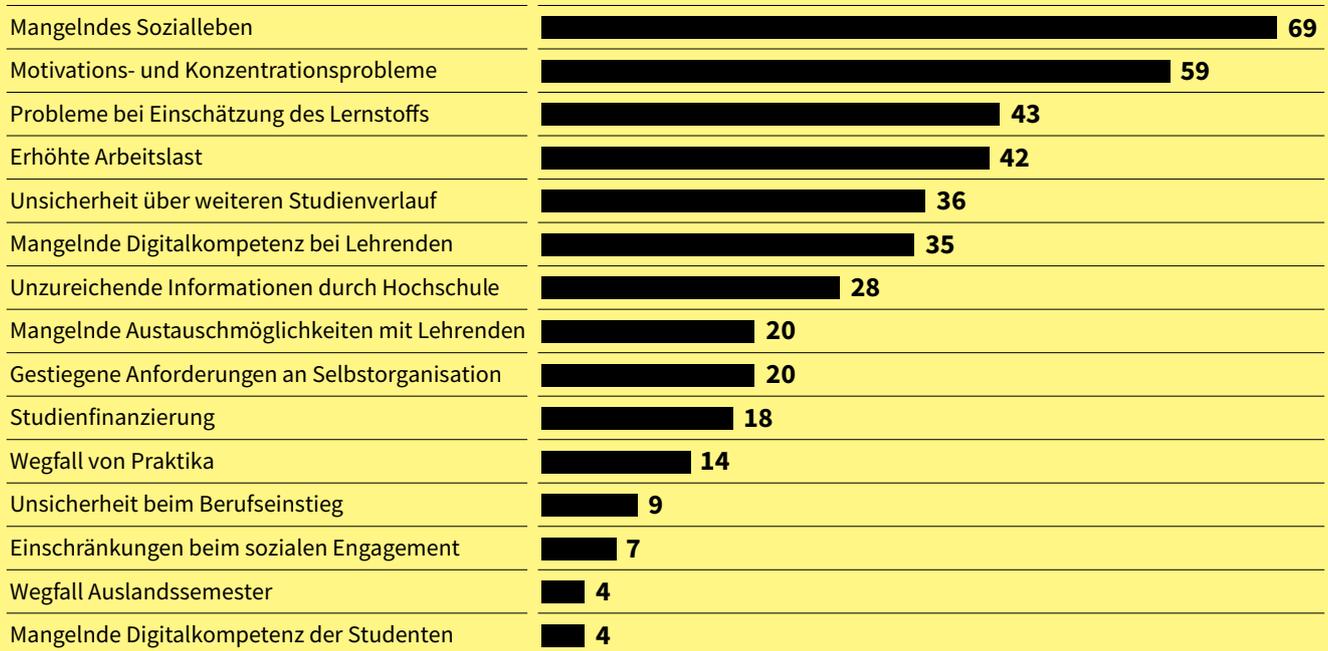
bildungen verstärkt gefördert werden.

Drittens: Um den Professoren, Dozenten und Studenten einen effizienten Umgang mit digitalen Lehrformaten zu ermöglichen, sollten die Hochschulen alles daransetzen, die vorhandenen IT-Lösungen zu vereinheitlichen.

Viertens: Studenten in pandemiebedingten Notlagen muss ein schneller Zugang zu der erforderlichen technischen Ausstattung ermöglicht werden, um an digitalen Lehrformaten teilnehmen zu können. Deshalb sollte die Politik eine zusätzliche Technikpauschale im Bafög verankern.

Corona: Studenten leiden unter Kontaktbeschränkungen

So viel Prozent der Studenten an deutschen Hochschulen empfinden diese Umstände während der Corona-Pandemie als belastend



Maximal fünf Nennungen möglich; Befragung von rund 11.000 Studenten an deutschen Hochschulen vom 20. Juli bis 14. August 2020

Quellen: McKinsey, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
© 2020 IW Medien / iwd



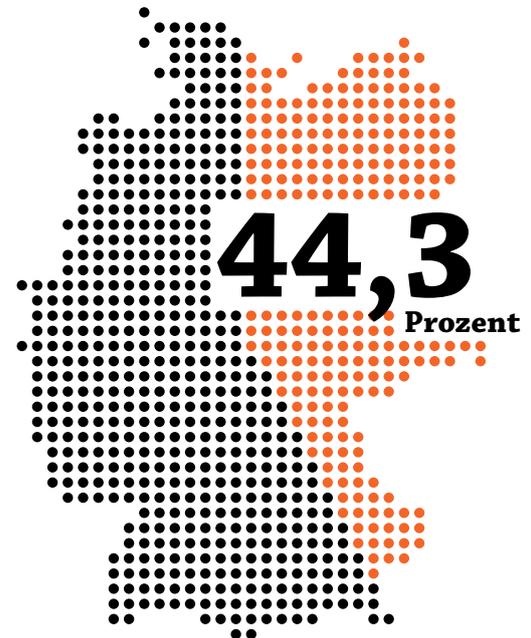
Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de - **Titelbild:** Adobe Stock imassino82/Thomas Pajot



Zahl der Woche



Top-Liste: Gesichtsmasken für die EU

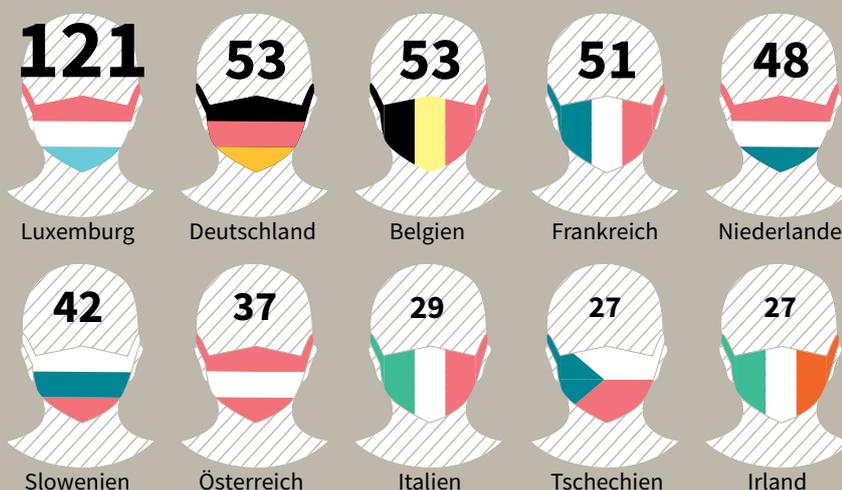
Um die Corona-Pandemie einzudämmen, hat die EU in der ersten Jahreshälfte 2020 Masken im Wert von 14 Milliarden Euro importiert, ein Jahr zuvor waren es nur 800 Millionen Euro. Als bevölkerungsreichstes EU-Land verbucht Deutschland erwartbar den größten Importanteil – Schutzmasken für rund 4,4 Milliarden Euro. Pro Kopf gerechnet belegt Deutschland dagegen mit 53 Euro gemeinsam mit Belgien Platz zwei in der EU. Luxemburg war im ersten Halbjahr 2020 mit Abstand Europas eifrigster Importeur. Als Masken in Luxemburg Pflicht wurden, erhielt jeder Staatsbürger ein Masken-Kit von der Regierung. Schlusslichter im Masken-Ranking sind Bulgarien, Griechenland, Kroatien und Schweden – sie gaben zuletzt jeweils weniger als 10 Euro pro Kopf für importierte Mund-Nasen-Bedeckungen aus.

der Beschäftigten in Deutschland waren im Jahr 2019 bereits zehn Jahre oder länger bei ihrem aktuellen Arbeitgeber angestellt. Im Jahr 2009 lag der Anteil noch bei 47,5 Prozent. Zuletzt waren rund 19 Prozent der Beschäftigten immerhin seit fünf bis zehn Jahren am gleichen Arbeitsplatz, gut ein Drittel seit weniger als fünf Jahren.

Die durchschnittliche Arbeitszeit belief sich im Jahr 2019 auf 41 Stunden pro Woche. Knapp 10 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiteten sogar regelmäßig mehr als 48 Stunden. Generell gilt: Je älter die Beschäftigten, desto länger sind ihre Arbeitszeiten. Während gerade einmal 1,5 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Alter von 15 bis 24 Jahren mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiteten, lag dieser Anteil bei den Vollzeitbeschäftigten zwischen 55 und 64 Jahren bei 12,8 Prozent. Der deutliche Unterschied ist durch Führungskräfte zu erklären, die eher in den höheren Altersgruppen zu finden sind – und die oft besonders ausufernde Arbeitszeiten haben.

Gesichtsmasken: Luxemburg importiert am meisten

Die zehn EU-Länder mit den höchsten Ausgaben je Einwohner für importierte Gesichtsmasken im ersten Halbjahr 2020 in Euro



Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd